



**Geschäftsführung  
Rechnungsprüfungsausschuss**

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928  
Fax : (0221) 221-25501  
E-Mail: simone.duggan@stadt-koeln.de

Datum: 18.04.2017

**Auszug  
aus der Niederschrift der 16. Sitzung des  
Rechnungsprüfungsausschusses vom 28.03.2017**

**öffentlich**

**6.1 Sachstand zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)  
Rechnungsprüfungsausschuss 24.11.2016, TOP 6.2  
0748/2017**

Herr Detjen stellt erfreut fest, dass durch die organisatorische Neuaufstellung des Bildungs- und Teilhabepaketes eine verbesserte Strukturierung in den Abläufen erzielt worden sei. So konnte insbesondere für Familien Rechtssicherheit geschaffen und sichergestellt werden, dass soziale Bedürfnisse optimaler erfüllt würden.

Auch den positiven Anstieg der Mittelabrufe von 9 Millionen Euro in 2014 auf rund 15 Millionen Euro in 2016 lobt er als deutlichen Schritt in die richtige Richtung.

Jedoch möchte er erfahren, welche Vorteile sich die Verwaltung durch das Angebot einer zentralen Beratung zu allen BuT-Leistungsarten und zum Köln-Pass verspreche. Auch fragt er, ob bekannt sei, weshalb die Bedarfsgruppe der Geringverdiener die BuT-Leistungen verstärkt in Anspruch nehmen.

Auch Frau Möller unterstreicht den positiven Anstieg der Inanspruchnahme der Leistungen aus dem BuT. Jedoch kritisiert sie, dass die Teilnahme am Mittagessen an einigen Schulen äußerst gering ausfalle. Hierzu möchte sie erfahren, ob eine Evaluation der Wirkung und Inanspruchnahme durch die Verwaltung stattfindet.

Frau Ramos stellt die Vorteile der erfolgten Zusammenlegung vor. Nach der weiteren geplanten organisatorischen Zusammenführung der BuT-Bereiche des Jobcenters und des Amtes für Soziales und Senioren werde man auch die Leistungsberatung von BuT und KölnPass zusammenlegen. So könne schon bei der Beantragung des KölnPasses einzelfallgenaue Leistungen aus dem BuT angeboten oder vorgestellt werden.

Sie bejaht zudem, dass sich die Gruppe der Geringverdiener verstärkt habe, vermag aber nicht zu sagen, ob dies an einer größeren Inanspruchnahme von BuT liege oder der allgemeinen Arbeitsmarktsituation geschuldet sei. Hierzu lägen ihr keine Referenzdaten vor.

Zur Frage von Frau Möller antwortet sie, dass die Leistungen aus dem BuT die Familien nur in finanzieller Hinsicht unterstützen. Die festzustellende geringe Teilnahme am Mittagessen sei insoweit nur wenig zu beeinflussen und stelle eine Aufgabe dar, welche durch das Amt für Schulentwicklung evaluiert werden müsse. Sie betont jedoch ausdrücklich, dass die Leistungen aus dem BuT in den Schulen bekannt seien und dort schon in den Aufnahmegesprächen auf die Förderhilfen hingewiesen würden. Die geringe Teilnahme am Mittagessen habe wahrscheinlich andere Gründe.

Herr Dr. Unna bemerkt dazu, dass sich die Essensteilnahme von alleine regele, solange schmackhaftes Essen angeboten würde.

Herr Detjen bittet die Vorlage sowie einen Auszug aus der Niederschrift dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie dem Ausschuss für Soziales und Senioren zukommen zu lassen.

Frau Dresler-Graf fragt abschließend, ob die benötigten 50,5 Stellen zur Bearbeitung von Leistungen aus dem BuT refinanziert seien.

Frau Ramos stellt dar, dass aufgrund der organisatorischen Zusammenlegung Synergieeffekte geschaffen und Schnittstellen verringert würden, so dass 14 Stellen eingespart werden könnten. Zudem würden alle zur Verfügung stehenden Bundeszuschüsse vollständig abgerufen und zur Refinanzierung genutzt. Jedoch blieben die Kosten aus den Verwaltungsaufwänden der Bereiche SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie der freiwilligen Leistung KölnPass weiterhin durch die Kommune zu tragen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.